

Klare Kante gegen Judenhass der Linkspartei

Der Schutz jüdischen Lebens und der entschlossene Kampf gegen Antisemitismus gehören zum Kern des demokratischen Selbstverständnisses der Bundesrepublik. Dennoch erleben wir seit Monaten eine immer offenere Normalisierung antisemitischer Narrative – auf Bühnen, an Universitäten, in Kultureinrichtungen und vor allem in sozialen Netzwerken. Judenhass ist keine neue Erscheinung, aber er tritt heute sichtbarer, aggressiver und selbstbewusster zutage. Zugleich wird er zunehmend politisch instrumentalisiert und dient radikalen Kräften als Mobilisierungswerkzeug.

Vor diesem Hintergrund geben die jüngsten Entwicklungen in der Partei Die Linke, deren Berliner Landesverband an diesem Wochenende tagt, Anlass zu berechtigter Sorge. Sie verdeutlichen, dass antisemitische und israelfeindliche Positionen in Teilen dieser Partei strukturell verankert sind. Zahlreiche Anträge auf dem Parteitag zeigen das deutlich. Unter dem Deckmantel vermeintlicher „Israelkritik“ wird dort immer wieder das Existenzrecht des jüdischen Staates relativiert oder infrage gestellt.

Ein aktueller Beschluss der Linksjugend richtet sich unmissverständlich gegen das Existenzrecht Israels, indem die „Befreiung Palästinas“ als Teil einer „sozialistischen Revolution gegen Imperialismus und Kapitalismus“ propagiert wird. Hinzu kommen weitere Vorfälle – die Relativierung der Hamas-Massaker, die offene Unterstützung der antisemitischen BDS-Bewegung oder die Teilnahme an Veranstaltungen mit Gruppen, die Hamas oder der Volksfront zur Befreiung Palästinas (PFLP) nahestehen

Selbst prominente und langjährige Mitglieder der Berliner Linken haben ihre Partei mittlerweile verlassen, weil sie die fehlende klare Positionierung gegen Antisemitismus nicht weiter hinnehmen konnten. Die heutige Linke entwickelt sich zunehmend zu einer Partei, die extremistische Positionen toleriert und Israelhass normalisiert. Damit trägt sie aktiv zu gesellschaftlicher Spaltung bei – und trägt Verantwortung für das Klima, das antisemitische Exzesse ermöglicht.

Wir Christdemokraten stehen fest an der Seite der Jüdinnen und Juden in unserer Stadt und in unserem Land. Und wir sagen klar: **Antisemitismus ist keine Meinung, sondern ein Angriff auf unsere Demokratie.** Wer 80 Jahre nach der Shoah antisemitische Narrative duldet oder verbreitet und Israel das Existenzrecht abspricht, verlässt den demokratischen Konsens.

Unter dem CDU-geführten Senat geht Berlin konsequent gegen Judenhass und Israelhass vor. Mit der klaren Rückendeckung des Regierenden Bürgermeisters Kai Wegner schreitet die Berliner Polizei bei Straftaten schnell ein. Wir haben zudem das **Ordnungsrecht im Hochschulgesetz wieder eingeführt**, damit antisemitische Hetze an Universitäten nicht länger folgenlos bleibt. Wir erwarten, dass die Hochschulen ihre Satzungen dahingehend ändern.

Die Linke muss sich **unmissverständlich und glaubwürdig von allen antisemitischen Äußerungen, Strukturen und Positionen** in ihren Reihen **distanzieren**, sich klar zum **Existenzrecht Israels bekennen** und jede **Kooperation mit Organisationen und Personen beenden**, die Israel delegitimieren oder seine Vernichtung propagieren.

Wir erwarten von der **Berliner Verfassungsschutzbehörde**, dass sie die **antisemitischen Entwicklungen in der Linkspartei** und ihrem Umfeld sorgfältig prüft und – falls erforderlich – einzelne Gliederungen oder den gesamten Landesverband **unter Beobachtung** stellt.

Wer „Nie wieder“ ernst meint, handelt jetzt.